

Antrag Nr. 16109
STK 12.10.09

Empfang bestätigt
Stadt Würzburg 20. FEB. 2009
Fachbereich Zentraler Service
I.A. Juncelt

INTERFRAKTIONELLER ANTRAG VON MITGLIEDERN DES STADTRATES IN WÜRZBURG

Herrn
Oberbürgermeister
Georg Rosenthal
Würzburg

Stadt Würzburg
20. FEB. 2009

Direktorium			
20. FEB. 2009			
z.w.B.	z.K.		
AE	z.V.	Wegl.	Gleichberechtigt

Würzburg, den 19. Februar 2009

Interfraktioneller Antrag:

**Schließung der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Würzburg
Unterbringung der Asylbewerber und geduldeten Ausländer
in Privatwohnungen / auf dem freien Wohnungsmarkt**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hier in Würzburg befindet sich mit ungefähr 700 Plätzen eine der größten Asylbewerber-Gemeinschaftsunterkünfte Bayerns.

Hier leben derzeit 450 Ausländer mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus.

In dieser Gemeinschaftsunterkunft müssen Menschen teilweise über viele Jahre in schwierigen, auch unzumutbaren Verhältnissen leben, eine Unterbringung über so lange Zeiträume ist in jedem Falle nicht menschenwürdig.

Angesichts dessen und der zu dieser Problematik stattgefundenen Debatte des Bayerischen Landtags im Dezember stellen die unterzeichnenden Mitglieder des Stadtrates den Antrag,

**der Stadtrat möge nachstehende Resolution beschließen
und den Oberbürgermeister bitten,**

**sich bei der Bayerischen Staatsregierung für die
Schließung der Gemeinschaftsunterkunft in Würzburg einzusetzen.**

Resolution der Stadt Würzburg zur Gemeinschaftsunterkunft in Würzburg

Der Bayerische Landtag hat am 03.12.2008 in seiner Plenarsitzung beschlossen, wegen diverser Missstände zwei Gemeinschaftsunterkünfte (Containerbauweise) in München schnellstmöglich zu schließen.

In dieser Landtagssitzung wurde deutlich, dass sowohl die Staatsregierung als auch die Landtagsfraktionen die Unterbringung von Asylbewerbern und geduldeten Ausländern in Gemeinschaftsunterkünften einer generellen Überprüfung und gegebenenfalls einer Neuordnung unterziehen wollen.

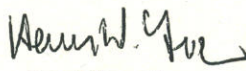
Vor diesem Hintergrund appelliert die Stadt Würzburg an die Bayerische Staatsregierung:

- Die Bayerische Staatsregierung möge bei der Überprüfung der Unterbringungsregelungen die Gestaltungen und Erfahrungen anderer Bundesländer berücksichtigen, welche die private Wohnsitznahme in größerem Umfang erlauben als im Freistaat Bayern, etwa bei Familien (vgl. in Hessen) oder längerfristig Geduldeten (vgl. in Hamburg). Die bundesgesetzlichen Vorgaben des Asylverfahrensgesetzes und des Asylbewerberleistungsgesetzes lassen dem Landesgesetzgeber einen Gestaltungsspielraum zur Regelung der Unterbringung von Asylbewerbern und geduldeten Ausländern.
- Die Bayerische Staatsregierung möge berücksichtigen, dass eine Erweiterung der Möglichkeiten privater Wohnsitznahme (sei es durch Anpassung der Weisungen des zuständigen Staatsministeriums oder durch Änderung der Vorgaben des Bayerischen Aufnahmegesetzes) nicht nur zu einer Verringerung der erforderlichen Unterbringungs-kapazitäten beitragen kann. Bei geduldeten Ausländern, die sich voraussichtlich noch Jahre im Inland aufhalten werden, kann dies auch aus sozialen Gründen geboten sein. Ziel der Überlegungen sollte sein, derart hohe Belegungszahlen wie in Würzburg abzubauen, nicht zu bewahren oder sogar noch weiter aufzubauen.
- Die Stadt Würzburg bittet die Bayerische Staatsregierung, die Gemeinschaftsunterkunft in Würzburg mit dem Ziel der Schließung kontinuierlich zu verkleinern.
- Die Stadt Würzburg begrüßt ausdrücklich die in Bayern bestehende zentrale Verantwortlichkeit des Freistaats Bayern für die Unterbringung von Asylbewerbern und geduldeten Ausländern und bittet die Bayerische Staatsregierung, die oben genannten Aspekte im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für den Freistaat Bayern zu berücksichtigen.


Mit freundlichen Grüßen

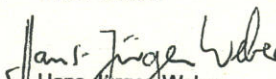
Mitglieder des Stadtrates:

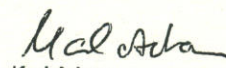

Antonino Pecoraro,
auch namens der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

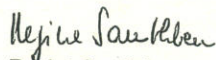

Hans Werner Loew,
auch namens der
SPD-Fraktion


Charlotte Schloßareck,
auch namens der Fraktion
Bürgerforum Würzburg


Joachim Spatz,
auch namens der
FDP-Fraktion


Hans-Jürgen Weber,
auch namens der
WL-FW-Fraktion


Karl Adam,
auch namens der
CSU-Fraktion


Regine Samtleben,
auch namens der
FWG/ödp-Fraktion


Belinda Brechbilder